

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

29. Jahrgang

Berlin, den 26. Oktober 1962

Nummer 43

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Oktober 1962

Die internationale Situation

Die wirtschaftliche Lage der westlichen Welt ist nach wie vor zwiespältig. Auf der einen Seite hat sich im Laufe dieses Jahres die internationale Zahlungsbilanzsituation, deren unbefriedigende Gestaltung im letzten Jahrzehnt größte Sorge bereite, entspannt. Auf der anderen Seite ist die Produktionsentwicklung in vielen wichtigen Industrieländern hinter dem möglichen Wachstum zurückgeblieben. Die Entspannung im internationalen Leistungs- und Kapitalverkehr ist allerdings nicht so grundlegend, daß nicht bei erneuter kräftiger Expansion in den USA und Großbritannien wiederum erhebliche außenwirtschaftliche Schwierigkeiten zu befürchten wären.

In den nächsten Monaten ist jedoch eine kräftige Expansion dieser Länder nicht zu erwarten, bei der sichtbar würde, daß die Außenwirtschaftsbeziehungen noch nicht fundamental bereinigt worden sind. Im Gegenteil besteht die Gefahr, daß in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien, deren Zahlungsbilanzlage sich in diesem Jahr verbessert hat, die Expansion in den nächsten Monaten zum Erliegen kommen und möglicherweise ein wirtschaftlicher Rückschlag einsetzen wird. Nach den jetzt bekannt gewordenen Investitionsabsichten der gewerblichen Wirtschaft in den Vereinigten Staaten ist schon gegen Ende dieses Jahres mit einem leichten Rückgang ihrer Anlageinvestitionen zu rechnen. Wird ein solcher Rückgang von einer weiteren Abnahme der Lagerinvestitionen begleitet, was nicht ausgeschlossen ist, so ist es fraglich, ob die in den nächsten Monaten noch zu erwartende Zunahme der öffentlichen Ausgaben und des privaten Verbrauchs ausreichen wird, den Rückgang im Investitionssektor auszugleichen.

In Großbritannien sind die Anlageinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft bereits seit Ende vergangenen Jahres rückläufig. Die britische Regierung hat sich daher jetzt zu Maßnahmen entschlossen, die einen drohenden Wirtschaftsrückgang verhindern sollen. Durch eine verstärkte Steigerung der öffentlichen Investitionen will sie dem kontraktiven Effekt, der von der Abwärtsentwicklung der privaten Anlageinvestitionen ausgeht, entgegenwirken. Gleichzeitig versucht sie, durch eine Verminderung der Pflichtguthaben, die die Geschäftsbanken bei der Bank von Eng-

land halten müssen, den Kreditmarkt aufzulockern und damit die privaten Investitions- und Konsumausgaben anzuregen. Wenn diese Maßnahmen auch ausreichen dürften, eine stärkere Wirtschaftsrückbildung Großbritanniens zu verhindern, so ist es doch zweifelhaft, ob sie wirksam genug sind, um ein befriedigendes Wachstum der britischen Wirtschaft einzuleiten.

In den kontinentalen Ländern Westeuropas sind ebenfalls Anzeichen dafür zu erkennen, daß sich die Investitionsneigung der privaten Wirtschaft abschwächt. Wird auch der private Verbrauch in den meisten Ländern als Folge von Lohnsteigerungen zunächst noch ungebrochen steigen, so ist doch kaum damit zu rechnen, daß er sich auf längere Sicht anders entwickelt als die sogenannten autonomen Sozialproduktkomponenten. Zwar nehmen einerseits die öffentlichen Ausgaben in vielen Ländern, wie z. B. in Frankreich, weiterhin kräftig zu, jedoch ist andererseits die Ausfuhr in fast allen Ländern nicht mehr — wie im letzten Jahrzehnt — die treibende Kraft, die bei nachlassender Investitionsneigung einer ins Gewicht fallenden Tempoverlangsamung der Expansion entgegenwirkt. Ist auch die entscheidende Ursache für die allgemein festzustellende Verlangsamung des Exportwachstums in der unbefriedigenden außereuropäischen Konjunktorentwicklung zu suchen, so ist doch nicht zu übersehen, daß sich die Kostensituation der meisten kontinentalen europäischen Länder und damit ihre internationale Wettbewerbsstellung verschlechtert hat, was ebenfalls ihre Exportentwicklung beeinträchtigt haben dürfte. Die zu erwartende Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion Kontinentalwesteuropas wird die Kostenaufblähung eher noch verstärken, da sie zunächst mehr die Produktivitätsfortschritte vermindern als den Lohnauftrieb dämpfen dürfte. Sie wird damit die Exportlage des kontinentalen Westeuropas tendenziell weiter verschlechtern, so daß kaum zu erwarten ist, daß vom Verkehr mit dem Ausland wachstumsstützende Kräfte ausgehen werden.

Es wäre aber nun verfehlt, wenn die europäischen Regierungen mit dämpfenden Maßnahmen einer Verschlechterung ihrer internationalen Wettbewerbsstellung entgegenzuwirken suchten. Einmal würde durch eine solche Politik der

erwünschte Erfolg wegen der unterschiedlichen Wirkung auf Produktivitätsfortschritte und Lohnsteigerungen zunächst nicht erzielt werden. Zum anderen ist die Entlastung, die die Außenwirtschaft der Vereinigten Staaten und Großbritanniens durch die Veränderung der Wettbewerbslage des kontinentalen Westeuropas erfahren hat, weltwirtschaftlich durchaus positiv zu beurteilen, weil dadurch die Vereinigten Staaten und Großbritannien wirtschaftspolitische Bewegungsfreiheit gewonnen haben.

Unter diesen Umständen ist es auch für die Industrieländer von unmittelbarem Interesse, daß die Entwicklungsländer durch verstärkte Kapitalhilfe in die Lage versetzt werden, ihre Importe fühlbar zu steigern. Mit der Verschlechterung der Konjunkturaussichten in den Industrieländern haben sich die Exportchancen der Entwicklungsländer verringert. Diese Länder können daher gegenwärtig ihre Importe nur dann nennenswert ausdehnen, wenn ihnen durch verstärkte Hilfe die Hinnahme erhöhter Leistungsbilanzdefizite ermöglicht wird. Steigende Importe der Entwicklungsländer würden aber nicht nur die Situation in diesen Volkswirtschaften erleichtern helfen, sondern sie würden auch den konjunkturellen Abschwächungstendenzen in den Industrieländern entgegenwirken.

Westdeutschland

In der Bundesrepublik bleibt das Nachlassen der primären Auftriebskräfte — der Ausrüstungsinvestitionen stärker als der Exporte —, wie zu erwarten war, nicht ohne Einfluß auf die augenblickliche und voraussehbare Gestaltung der sekundären Nachfragefaktoren, vor allem also des privaten Verbrauchs. Damit zeigt sich genau jenes Bild, das für die Phase abflauender Konjunktur-entwicklung typisch ist.

Wenn die Maßnahmen der öffentlichen Stellen mit ihrer auf Dämpfung gerichteten Zielsetzung just zu diesem Zeitpunkt verkündet wurden, in dem der Höhepunkt einer mehrjährigen Wachstumsbeschleunigung nicht nur längst überschritten ist, sondern in dem sich das Ausmaß der Nachfrageexpansion bereits in einer zunehmenden Diskrepanz zur Kapazitätsentwicklung befindet, so wird hier ein deutlicher Widerspruch offenbar. An ihm zeigt sich, daß die praktische Konjunkturpolitik in der Frage des „timing“, d. h. des zeitlich richtigen Einsatzes ihrer Mittel, noch am Anfang steht. Maßnahmen von heute sind auf die Konstellation von gestern zugeschnitten, statt sich an der Situation von morgen zu orientieren. Denn es ist schon seit längerem sichtbar, daß ein Abschnitt in der konjunkturellen Entwicklung erreicht ist, in dem die wirtschaftsimmanenten Kräfte selbst für eine fortschreitende Marktentspannung sorgen. Diese Entspannung wird schließlich bis zu den wenigen verbliebenen eigentlichen Engpaßsektoren ausstrahlen. Daher wäre erforderlich, daß die Nachfragedispositionen der öffentlichen Hand — sollen sie nicht wie früher die Überhitzung, so jetzt die Entspannung forcieren — gegen diese immanenten Kräfte und nicht mit ihnen angesetzt werden¹⁾. So wenig unmittelbare Gefahren für den Moment von diesem prozyklischen Gebaren auch ausgehen, so sehr ist

andererseits zu bedenken, daß durch die auf diese Weise verstärkte Unstetigkeit des wirtschaftlichen Fortschritts die langfristigen Wachstumschancen beeinträchtigt werden.

Auf monetärem Gebiet wiederholt sich dieses Dilemma, das in dem Zusammentreffen von Nachfrageberuhigung und Dämpfung liegt: Eine steigende Zinstendenz bei schwächer werdender Investitionsneigung. Zwar können hier neue Daten erforderlichenfalls schneller gesetzt werden als in dem schwerfälligeren Bereich der übrigen Wirtschaftspolitik; dennoch müssen sie ebenfalls schon heute auf die Lage von morgen abgestellt werden. Ohne Antizipation besteht deshalb auch hier keine Aussicht, zu dem richtigen „timing“ zu gelangen. Angesichts des Fehlens nennenswerter kreditpolitischer Maßnahmen sind die liquiditätsbestimmenden Faktoren des Bankensystems gegenwärtig sich selbst überlassen. Da diese trotz eines verminderten Mittelentzuges durch die öffentlichen Stellen wegen des rückläufigen Devisenaufkommens der Kreditinstitute weiterhin in eher kontraktive Richtung neigen, wird das Finanzierungsklima, das sich schon durch die geringere Verfügbarkeit eigener Mittel der Unternehmen merklich gewandelt hat, auch von der Seite der Kreditkonditionen steigender Belastung ausgesetzt. Dabei ist es weniger der höhere Zins selbst, der nun wieder das Niveau von Ende 1960/Anfang 1961 erreicht hat, als die Unsicherheit über seine künftige Entwicklung, die sich ungünstig auswirkt. In dieser Situation erwarten die Anleger weiter nach oben tendierende Renditen festverzinslicher Wertpapiere. Es gibt andererseits aber weder binnen- noch außenwirtschaftliche Rücksichten, von denen die kreditpolitischen Instanzen sich daran hindern lassen müßten, diesen Erwartungen mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken. Vielmehr wäre ein solches Vorgehen auch im Hinblick auf die internationale Zinsentwicklung, vor allem in den USA, angebracht.

Auf jeden Fall wäre es falsch zu warten, bis eine nachlassende Nachfrage nach Kapitalmarktmitteln, etwa von Seiten des Wohnungsbaues, oder eine autonome Änderung in der Haltung der Anleger den Zinstrend umkehrt.

Weder mit dem einen noch mit dem anderen ist in absehbarer Zeit zu rechnen. Denn die nachlassende Konjunktur hat nicht etwa zu einem nachlassenden Bedarf an Kapitalmarktmitteln geführt; das verringerte Aufkommen an eigenen Mitteln verweist vielmehr die investierende Wirtschaft in verstärktem Umfang auf die Märkte des langfristigen Kredits und verstärkt den Druck auf die Wirtschaft, ihre Schulden zu fundieren. Die heute gegenüber den letzten Jahren außerordentlich starke Beanspruchung des Kapitalmarktes durch die Einmal-Emittenten ist daher keineswegs Ausdruck einer gefährlichen Überforderung dieses Marktes, sondern sie indiziert in Wahrheit nichts anderes als die wachsenden Finanzierungsschwierigkeiten der investierenden Wirtschaft. Bejaht man aber eine Verstärkung der Investitionsneigung, so wird man auch eine Erleichterung der Finanzierungsbedingungen für beabsichtigte Investitionen nicht ablehnen können.

Es fragt sich daher, ob man den Übergang auf ein niedrigeres Zinsniveau nicht schon heute durch

¹⁾ Vgl. den Wochenbericht des DIW, Nr. 42/1962.

liquiditätspolitische Maßnahmen zu bewerkstelligen versuchen sollte, wenn man auf diese Weise der Überforderung des Kapitalmarktes und den aus dieser Überforderung resultierenden Zinssteigerungstendenzen begegnen könnte. Die Gefahr, daß durch eine solche Zinspolitik ein neuer Investitionsboom entfacht werden könnte, ist jedenfalls weitaus geringer als die Gefahr, daß die Investitionsneigung weiter erlahmt und zusätzlich beeinträchtigt wird, weil die Finanzierungsbedingungen sich fortschreitend verschlechtern. Gerade wegen der keineswegs prompt eintretenden Wirkung entsprechender Maßnahmen befände man sich mit einem solchen Schritt nicht einmal in Widerspruch zu den Bemühungen der wirtschaftspolitischen Instanzen; divergierende Auffassungen auf konjunkturpolitischem Gebiet sind ja oft weniger Ausfluß einer kontroversen Diagnose der aktuellen Situation als das Ergebnis unterschiedlicher Einschätzungen der Reaktionsdauer bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

Schließlich ist ein dritter Bereich zu nennen, in

dem zeitliche Verzögerungen gegenwärtig eine Rolle spielen: der Arbeitsmarkt. Hier allerdings können die wirtschaftspolitischen Instanzen wenig dazu beitragen, daß sich das Abklingen der konjunkturellen Anspannung schneller auf die Angebots-Nachfrage-Konstellation auswirkt. Vielmehr hängt die Geschwindigkeit, mit der dieser Markt dem allgemeinen Klimawandel folgt, in erster Linie von den unternehmerischen Arbeitskräftedispositionen ab, d. h. letztlich von den eigenen Erwartungen der Unternehmer über die weitere Entwicklung. Wenn das statistische Bild der Arbeitsmarktlage, also das Mißverhältnis zwischen der Anzahl Arbeitssuchender und der Anzahl offener Stellen, im wesentlichen unverändert fortbesteht, so darf dabei doch nicht vergessen werden, daß diesen Zahlen die Vergleichbarkeit im Grunde fehlt und daher die beiden Reihen nicht ohne weiteres einander gegenübergestellt werden dürfen. In den Lohnverhandlungen macht sich jedenfalls die Änderung der Situation bereits deutlich bemerkbar.

Zur Entwicklung der Beschäftigung in Mitteldeutschland

Die schon seit Jahren rückläufige Beschäftigungsentwicklung in Mitteldeutschland ist durch die Absperrmaßnahmen des 13. August 1961 vorübergehend zum Stillstand gebracht worden: Das Arbeitspotential Mitteldeutschlands erhöhte sich schlagartig um 50 000 Arbeitskräfte, die bis dahin in West-Berlin gearbeitet hatten. Trotz dieser Auffüllung ist die Beschäftigung im Durchschnitt des Jahres 1961 um rund 1,3 vH unter der des Vorjahres geblieben, da die in der ersten Jahreshälfte 1961 eingetretenen Wanderungsverluste und die strukturell bedingten Abgänge insgesamt doch von größerem Gewicht gewesen sind.

Die amtliche mitteldeutsche Statistik, die seit 1960 die Zahl der Erwerbspersonen jeweils zum 30. September eines Jahres ermittelt, gibt von der tatsächlichen Beschäftigungsentwicklung allerdings nur ein unvollkommenes Bild. Nach ihr lag die Zahl der Beschäftigten am 30. September 1961 mit 8,034 Millionen um rund 10 000 (— 0,1 vH) unter der des gleichen Stichtages im Vorjahr. Jahresdurchschnittszahlen, die zur Berechnung

gesamtwirtschaftlicher Kennziffern besser geeignet sind und bei denen auch die Einflüsse der besonderen Entwicklung im Jahre 1961 weniger stark zum Ausdruck kommen, werden nur für den Kreis der 6,5 Millionen Arbeitnehmer veröffentlicht. Von dem für diese ausgewiesenen Rückgang um knapp 1 vH, der voll zu Lasten der Lehrlinge geht, sind vor allem Bau und Handwerk betroffen, während der Industrie ein fast unverändertes Potential belassen wurde und die steigende Tendenz der Beschäftigung in den „Bereichen außerhalb der materiellen Produktion“ erhalten blieb. Zu einem Teil ist die Entwicklung im letztgenannten Sektor auf die Notwendigkeit zurückzuführen, bei laufend zunehmender Frauenarbeit zusätzliche Arbeitsplätze in Kindergärten usw. zu schaffen.

Dieses in Anbetracht der Vielzahl negativer Entwicklungskomponenten des Arbeitskräftepotentials noch relativ günstige Bild bedarf jedoch einiger Korrekturen. In der Zahl der Arbeiter und Angestellten sind nämlich auch die verkürzt arbeitenden Beschäftigten enthalten, die in Mitteldeutschland mit rund 7 vH eine wesentlich größere Bedeutung haben als in der Bundesrepublik. Die Teilbeschäftigten — meist Frauen und weiterarbeitende Rentner — nahmen im Jahre 1961 um 80 000 Personen (16 vH) zu. Bei einer Umrechnung auf Vollbeschäftigteneinheiten ergäbe sich 1961 ein noch stärkerer Rückgang, der dann nicht allein auf die sinkende Lehrlingszahl zurückzuführen wäre.

Außerdem wird die effektive Beschäftigungsentwicklung durch die amtliche mitteldeutsche Statistik nur unvollkommen wiedergegeben, weil die veröffentlichten Zahlen bestimmte Bereiche, die insgesamt etwa 600 000 Personen zählen, überhaupt nicht mit erfassen. Hier sind zu nennen die Beschäftigten in den Betrieben, die dem früheren „Amt für Technik“ unterstellt waren (vor allem Betriebe der Rüstungsfertigung), die Beschäftigten im Uran-Erzbergbau, die in länd-

Die selbstständig Erwerbstitigen in Mitteldeutschland, nach Wirtschaftsbereichen 1959-1961 Jahresdurchschnitte; in 1000 Personen

Wirtschaftsbereich	Arbeiter u. Angest.			dar. Lehrlinge		
	1959	1960	1961	1959	1960	1961
Industrie	2 906	2 910	2 903	144	127	104
Bau	413	403	381	46	40	32
Produzierendes Handwerk (o. Bauhandwk.)	239	212	174	54	40	23
Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	436	389	372	34	35	33
Verkehr (ohne Post)	383	385	388	13	11	8
Post	130	129	130	4	4	3
Handel	812	816	812	41	34	30
Bereiche außerhalb der materiellen Produkt.	1 243	1 276	*)1308	34	31	27
Zusammen	6 562	6 520	6 468	370	322	260

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1962, S. 184.
 *) Ab 1961 werden die bei den „Gesellschaftlichen Organisationen“ Beschäftigten nicht mehr ausgewiesen; ihre Zahl wurde mit 50 000 hinzugeschätzt.

Die Beschäftigten in Mitteldeutschland, 1955, 1958, 1960 und 1961

	Jahresdurchschnitte, in 1000 Personen							in vH der Beschäftigten				
	1955	1958	1960		1961			1955	1958	1960	1961	
	gesamt		gesamt	Männer	Frauen	gesamt	Männer					Frauen
Arbeiter und Angestellte	6 510	6 630	6 725	3 740	2 985	6 725	3 700	3 025	74,6	76,1	77,2	78,3
Industrie ¹⁾	2 870	3 010	3 045	1 845	1 200	3 040	1 820	1 220	32,9	34,6	35,0	35,4
Sonstige produzierende Bereiche	1 090	1 010	890	630	280	840	580	260	12,5	11,6	10,2	9,8
Handel und Verkehr	1 220	1 250	1 280	585	695	1 290	590	700	14,0	14,3	14,7	15,0
Bereiche außerhalb der materiellen Produktion ²⁾	1 330	1 360	1 510	680	830	1 555	710	845	15,2	15,6	17,3	18,1
Lehrlinge ³⁾	465	400	330	205	125	270	160	110	5,3	4,6	3,8	3,1
Beschäftigte Arbeitnehmer, gesamt	6 975	7 030	7 055	3 945	3 110	6 995	3 860	3 135	79,9	80,7	81,0	81,4
Genossenschaftsmitglieder	175	330	910	510	400	1 130	640	490	2,0	3,8	10,4	13,1
Selbständige Erwerbspersonen	920	800	460	350	110	310	240	70	10,6	9,2	5,3	3,6
Mithelfende Familienangehörige ⁴⁾	655	550	285	25	260	160	10	150	7,5	6,3	3,3	1,9
Beschäftigte, insgesamt	8 725	8 710	8 710	4 830	3 880	8 595	4 750	3 845	100,0	100,0	100,0	100,0
dar.: Teilbeschäftigte	300	365	505	70	435	585	70	515	3,4	4,2	5,8	6,8
beschäftigte Altersrentner	400	550	600	320	280	620	320	300	4,6	6,3	6,9	7,2
Erwerbsquote ⁵⁾	48,6	50,2	50,6	62,7	40,9	50,2	61,5	40,9	—	—	—	—

Quelle: Statistische Jahrbücher der DDR 1955, 1958, 1960/61, 1962, Berechnungen des DIW. Gelegentliche Änderungen in der Systematik der offiziellen Statistik wurden nicht ausgeschaltet.

¹⁾ Einschl. Uranerzbergbau und Rüstungsbetriebe sowie der beschäftigten Häftlinge. — ²⁾ Einschl. Soldaten und Angehöriger sonstiger militärischer Organisationen. — ³⁾ Einschl. der in Rüstungsbetrieben beschäftigten Lehrlinge. — ⁴⁾ Einschl. der in bäuerlichen Hauswirtschaften tätigen Ehefrauen von Mitgliedern landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften. — ⁵⁾ Beschäftigte in vH der Bevölkerung.

lichen Hauswirtschaften Tätigen und schließlich das Militär und militärische Organisationen.

Da zwischen den Kreisen der statistisch erfaßten und der nichterfaßten Beschäftigten Fluktuationen sowohl durch individuellen Arbeitsplatzwechsel (z.B. Einberufungen zum Militär) als auch durch Veränderungen der organisatorischen Einordnung ganzer Betriebe stattfinden, weisen die offiziellen Statistiken unter Umständen Veränderungen aus, die gesamtwirtschaftlich gar nicht vorgelegen haben. Mit der Einstellung des Flugzeugbaus im Frühjahr 1961 wurden z. B. die vorhandenen Produktionseinrichtungen auf die Herstellung von Investitionsgütern, hauptsächlich des Allgemeinen Maschinenbaus, umgestellt und der Zuständigkeit des Rüstungsamtes entzogen. Die im Flugzeugbau Beschäftigten, deren Zahl mit über 20 000 angenommen wird, sind deshalb erst im veröffentlichten Jahresdurchschnitt 1961 der in der Industrie Beschäftigten enthalten; vorher gab die amtliche Statistik über sie keine Auskunft.

Solche das Gesamtbild beeinträchtigenden Vorgänge können nur durch eine konsolidierte Darstellung der Beschäftigungslage ausgeschaltet werden. Eine entsprechende Aufgliederung, für die nur in einigen Punkten auf Schätzungen zurückgegriffen zu werden brauchte, zeigt, daß die Zahl der in Mitteldeutschland beschäftigten Arbeiter und Angestellten im Jahre 1961 zwar gehalten werden konnte, daß die effektive Beschäftigung aber wegen des verstärkten Einsatzes von verkürzt Arbeitenden zurückgegangen ist. Davon wurde besonders die Industrie berührt, deren Beschäftigtenzahl (ohne Lehrlinge) sich — entgegen der amtlichen Darstellung — nicht erhöht hat. Dieser Entwicklung entspricht ebenso wie der zunehmende Anteil der beschäftigten

Rentner eine zunehmende Zahl von weiblichen Arbeitskräften, die den Abgang an männlichen Arbeitskräften zu einem Teil ausgeglichen haben.

Die Gruppe der Genossenschaftsmitglieder, der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen war, vor allem infolge der landwirtschaftlichen Kollektivierungsmaßnahmen, starken Schwankungen unterworfen. Insgesamt ist ihre Zahl ebenfalls weiterhin rückläufig, was u. a. darauf schließen läßt, daß zahlreiche frühere mithelfende Familienangehörige insbesondere in der Landwirtschaft als Arbeiter oder Angestellte in andere Wirtschaftszweige abgewandert sind.

Das Nachrücken schwach besetzter Geburtsjahrgänge in das Erwerbsleben hat 1961 erstmals — zusammen mit der schon seit Jahren zunehmenden Zahl der wegen Erreichens des Rentenalters Ausscheidenden — zu einer sinkenden Erwerbsquote der mitteldeutschen Bevölkerung geführt. Dieser aus der ungünstigen Altersstruktur der Bevölkerung resultierende und das Arbeitspotential mindernde Prozeß wird voraussichtlich bis zum Jahre 1974 anhalten.

Die mitteldeutsche Wirtschaftsführung ist schon seit Jahren bestrebt gewesen, in höchstmöglichem Umfang alle noch vorhandenen Arbeitskräfte-reserven in Anspruch zu nehmen. So ist der Anteil der im arbeitsfähigen Alter stehenden Nichterwerbstätigen fortlaufend gesunken und umfaßt heute fast nur noch kinderreiche Mütter, Mütter mit Kleinkindern und pflegebedürftige Personen. Daher wird die Beschäftigung auch in den nächsten Jahren zurückgehen müssen, und nur die Kapitalintensivierung und Rationalisierung der Produktion wird auch in Zukunft Produktionserhöhungen nennenswerten Umfangs ermöglichen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 u. Bonn, Koblenzer Str. 170. Präsident: Prof. Dr. Dr. h. e. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krongel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36, in Vertretung: Dr. Horst Seidler. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.



Gegenstand	Gebiet *)	Einheit †)	1961								1962							
			Jun	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Jun	Juli	Aug.	
Anzahl der Werktage ¹⁰⁾			21,8	22,0	23,7	22,0	22,8	21,2	20,0	22,7	20,8	23,0	19,8	21,8	20,2	22,8	23,7	
Arbeitsmarkt																		
Beschäftigte ¹⁾	BRD *)	1000	VD	.	.	20090	.	.	20055	.	.	19890	.	.	20210	.	20400	
darunter weibliche	BRD *)	vH	VD	884	.	33,2	891	.	33,3	.	.	33,5	.	33,2	895	.	33,3	
Arbeitslose b. d. Arb.-Ämtern	BRD *)	1000	"	43,9	99	98	44,0	99	113	223	44,2	268	257	190	122	98	88	
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern ²⁾	BRD *)	vH	"	16	14	13	13	14	15	17	18	17	16	13	11	10	9	
Unterstützte Arbeitslose ⁴⁾	BRD *)	1000	M	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	1,1	1,3	1,2	0,9	0,6	0,5	0,4	0,4	
Off. Stellen b. d. Arb.-Ämtern	BRD *)	"	"	1,8	1,6	1,4	1,4	1,6	1,6	1,9	2,4	1,8	1,7	1,5	1,3	1,1	1,0	
Arbeitslose je 100 off. Stellen	BRD *)	Anzahl	"	76	68	69	68	68	74	121	238	236	206	104	76	64	59	
	BRD *)	"	"	13	12	11	10	11	12	13	16	15	14	11	9	8	7	
	BRD *)	"	"	569	574	588	573	542	488	417	505	554	581	568	585	598	602	
	BRD *)	"	"	13	15	25	26	24	20	20	22	22	24	24	27	28	30	
	BRD *)	"	"	17	16	17	17	18	23	53	53	46	33	21	17	15	14	
	BRD *)	"	"	122	99	52	50	60	73	87	86	74	66	54	42	35	30	
Einkommen																		
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	BRD *)	Mill. DM	S	3364,4	3296,5	3429,5	3295,9	3381,5	3615,8	3633,0	3523,3	3216,0	3479,8	3487,9	3710,5	3659,0	3676,0	
Gehälter in der Industrie	"	"	"	1230,3	1243,0	1252,7	1258,1	1271,9	1357,7	1472,0	1365,6	1321,4	1363,8	1381,5	1406,4	1422,8	1412,1	
Beschäftigung d. Ind. ⁵⁾																		
Gesamte Industrie	BRD *)	1000	E	8021,0	8028,3	8047,5	8032,8	8035,5	8048,9	7977,4	7974,0	7985,2	7999,9	8054,8	8062,4	8043,6	8059,3	
Bergbau	"	"	"	589,5	586,2	583,4	579,8	576,2	574,2	570,6	566,5	563,5	560,9	561,0	556,2	551,7	546,8	
Grundst.- u. Produktionsg.	"	"	"	1772,7	1778,9	1781,6	1774,2	1768,4	1766,9	1743,5	1726,1	1727,1	1738,3	1755,8	1757,8	1755,7	1763,0	
Investitionsgüterind.	"	"	"	3203,7	3213,7	3217,9	3212,5	3209,8	3217,4	3201,7	3215,0	3225,8	3231,1	3264,2	3274,3	3270,6	3280,6	
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	1971,3	1968,6	1969,7	1965,6	1970,5	1979,2	1966,5	1978,8	1982,4	1982,5	1988,8	1986,1	1973,9	1968,6	
Nahrungs- u. Genussm.-Ind.	"	"	"	483,9	490,9	495,0	500,7	510,6	511,2	495,1	487,6	486,4	487,0	484,9	488,0	491,7	500,2	
dar.: Ind. d. Steine u. Erden	"	"	"	266,3	267,5	267,5	266,1	264,3	260,6	239,4	240,7	252,2	262,9	265,7	266,4	268,5	268,7	
Eisenschaffende Ind.	"	"	"	367,2	368,2	369,4	368,5	366,2	365,2	363,6	362,9	361,5	361,4	364,2	363,6	362,7	364,2	
Eisen-, Stahl- u. Tempiergl.	"	"	"	146,8	147,2	147,4	146,3	146,5	146,7	145,6	146,8	146,1	145,4	145,6	145,1	144,4	144,2	
NE-Metallindustrie	"	"	"	85,5	85,5	85,5	85,1	84,8	84,7	83,6	83,4	83,1	82,7	82,9	82,6	82,8	82,8	
Chemische Industrie	"	"	"	482,2	484,8	485,9	484,1	482,9	483,1	480,0	480,0	480,9	481,3	484,3	485,2	485,2	487,9	
Stahlbau	"	"	"	200,6	201,6	203,6	203,9	204,3	204,5	203,4	204,1	205,3	205,7	207,5	208,0	207,8	209,1	
Maschinenbau	"	"	"	997,6	1003,6	1008,7	1006,7	1005,3	1006,1	1002,7	1010,8	1011,6	1012,0	1025,1	1028,8	1026,6	1027,9	
Fahrzeugbau	"	"	"	408,4	408,2	399,7	399,1	399,5	400,3	399,7	425,5	430,3	433,0	437,5	441,8	443,8	447,7	
Schiffbau	"	"	"	95,9	95,7	96,0	95,2	94,7	94,6	94,2	94,5	94,5	94,5	95,5	95,2	94,8	94,6	
Elektrotechnische Ind.	"	"	"	785,6	788,2	792,9	792,8	790,8	792,9	788,7	788,3	791,7	794,1	802,1	803,9	802,5	806,1	
Feinmech. u. opt. Ind.	"	"	"	153,7	153,8	153,7	152,9	152,2	154,3	151,6	148,8	148,9	148,1	149,6	149,6	149,2	148,8	
Eisen-, Blech- u. Metallw.	"	"	"	401,9	401,9	401,6	400,3	400,8	402,3	399,3	380,5	380,9	381,0	383,3	383,5	382,4	383,1	
Holzverarbeitende Ind.	"	"	"	219,7	218,9	218,3	217,4	218,2	219,1	217,6	218,6	218,3	218,2	218,3	218,1	217,8	218,0	
Druckerei u. Vervielfältig.	"	"	"	183,3	184,0	185,2	185,8	186,2	186,5	185,7	185,9	187,0	187,1	189,1	189,4	189,0	189,5	
Textilindustrie	"	"	"	607,0	604,3	602,6	599,3	599,1	600,5	596,8	597,2	595,3	592,8	592,6	590,4	585,7	580,8	
Bekleidungsindustrie	"	"	"	345,8	344,6	345,5	346,3	349,0	352,0	349,8	355,8	359,6	360,8	364,5	364,6	362,0	360,2	
Darunter Arbeiter ⁶⁾																		
Gesamte Industrie	BRD *)	1000	E	6450,7	6461,2	6462,1	6442,0	6441,9	6451,1	6382,7	6373,4	6376,9	6386,5	6418,8	6418,4	6400,7	6412,8	
Bergbau	"	"	"	520,2	517,1	514,1	510,7	507,3	505,2	501,7	498,1	495,1	492,6	492,3	487,6	483,3	478,9	
Grundst.- u. Produktionsg.	"	"	"	1410,2	1414,7	1416,2	1408,1	1401,9	1399,9	1377,2	1359,1	1359,0	1369,3	1381,4	1382,5	1380,3	1386,7	
Investitionsgüterind.	"	"	"	2495,5	2501,2	2499,9	2490,9	2485,8	2491,1	2476,2	2486,0	2492,1	2494,6	2515,9	2521,3	2517,7	2524,6	
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	1662,7	1659,8	1659,7	1655,0	1660,3	1667,8	1656,0	1666,4	1668,6	1668,0	1670,8	1666,5	1655,2	1650,6	
Nahrungs- u. Genussm.-Ind.	"	"	"	362,1	368,4	372,1	377,3	386,7	387,1	371,6	363,7	362,2	362,0	358,4	360,5	364,2	372,1	
Geleistete Arbeiterstd.																		
Gesamte Industrie	BRD *)	Mill.	S	1089,2	1044,6	1070,8	1075,3	1112,3	1107,3	1043,6	1078,1	1011,4	1070,9	1025,1	1084,1	1021,6	1023,8	
Bergbau	"	"	"	79,8	76,7	79,2	76,5	81,4	81,9	76,6	81,7	72,3	77,8	72,6	75,2	72,6	73,2	
Grundst.- u. Produktionsg.	"	"	"	245,2	239,5	245,1	241,3	247,6	243,0	229,1	233,2	218,6	234,8	225,1	240,2	226,8	232,5	
Investitionsgüterind.	"	"	"	431,8	412,2	416,8	419,8	431,8	430,1	409,8	422,0	399,7	418,8	404,5	427,4	408,4	402,0	
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	267,8	252,5	262,8	270,6	280,3	280,5	262,1	277,0	261,0	276,9	261,7	276,8	251,1	251,4	
Nahrungs- u. Genussm.-Ind.	"	"	"	64,5	63,7	67,0	67,2	71,1	71,7	66,0	64,1	59,7	63,5	61,1	64,6	62,8	64,6	
Tägliche Arbeitszeit ⁷⁾																		
Gesamte Industrie	BRD *)	Std.	D	7,75	7,35	6,99	7,59	7,57	8,10	8,18	7,45	7,62	7,30	8,07	7,75	7,90	7,00	
Bergbau	"	"	"	7,04	6,75	6,50	6,81	7,04	7,65	7,64	7,23	7,02	6,87	7,45	7,07	7,44	6,71	
Grundst.- u. Produktionsg.	"	"	"	7,98	7,70	7,30	7,79	7,75	8,19	8,32	7,66	7,73	7,46	8,23	7,97	8,14	7,36	
Investitionsgüterind.	"	"	"	7,94	7,49	7,04	7,66	7,62	8,14	8,27	7,48	7,71	7,30	8,12	7,68	8,03	6,98	
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	7,39	6,91	6,68	7,43	7,40	7,93	7,91	7,32	7,52	7,22	7,91	7,62	7,51	6,68	
Nahrungs- u. Genussm.-Ind.	"	"	"	8,17	7,86	7,59	8,09	8,07	8,74	8,88	7,76	7,98	7,63	8,62	8,22	8,53	7,62	
Produktionsergebnis ⁸⁾																		
je Beschäftigten	BRD **)	1950 = 100	VD	.	.	156	.	.	174	.	.	.	162	.	175	.	.	
je Arbeiter	"	"	"	.	.	164	.	.	183	.	.	.	171	.	185	.	.	
je Arbeiterstunde	"	"	"	.	.	194	.	.	201	.	.	.	198	.	205	.	.	
Durchschnittl. Bruttostd.-verdienst der Arbeiter ⁹⁾																		
Lohnempfänger insgesamt	BRD *)	Pf	D	.	.	301,9	.	.	308,6	.	.	.	320,0	.	328,9	.	.	
Männliche Arbeiter	"	"	"	.	.	323,4	.	.	329,8	.	.	.	342,3	.	350,5	.	.	
Weibliche Arbeiter	"	"	"	.	.	213,8	.	.	223,4	.	.	.	232,7	.	237,7	.	.	
Preisindex f. d. Lebenshaltung																		
Gesamt, mittl. Verbr.-gruppe	BRD *)	1958 = 100	"	105,6	105,8	105,5	105,3	105,4	106,0	106,3	107,2	107,4	108,1					

